

Leitartikel

Die Gesundheitsversorgung ist selbst ein Notfallpatient



Obwohl monatlich Milliarden in das Gesundheitssystem fließen, wird die unzureichende medizinische Versorgung immer deutlicher sichtbar.

VON ANDREAS KEMPF

Es gibt Umfragen, die mehr als nur ein Stimmungsbild im Land wiedergeben. Dazu gehört auch eine repräsentative Erhebung über den Umgang der Bürger und Bürgerinnen mit dem Gesundheitssystem. Sie wirft ein Schlaglicht auf den aktuellen Versorgungsstand in Deutschland. Der passt eher zu einer Bananenrepublik als zu einem der reichsten Länder der Erde. Dabei zahlen Millionen Bürger jeden Monat Milliarden Euro in ein System ein. Innerhalb der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sogar der Dritthöchste. Dennoch werden sie immer öfter im Stich gelassen. Denn das deutsche Gesundheitssystem entwickelt sich zunehmend selbst zum Akutpatienten.

Wer kennt das nicht. Man hat ein Leiden und erhofft sich vom Arzt schnelle Linderung. Doch schnell war gestern. Inzwischen können Wochen – wenn nicht sogar Monate – vergehen, bis ein Termin frei ist. Die Folge: jeder sechste Befragte würde ohne akuten Anlass die Notfallambulanz aufsuchen oder sogar einen Notfall vortäuschen. Die Krankenkassen gehen davon aus, dass von den zwölf Millionen Notfällen im Jahr 2023 gut die Hälfte auch von einem Facharzt hätte erledigt werden können – gäbe es freie Termine.

In der Praxis führt das dazu, dass in den ohnehin überlasteten Notfallambulanzen immer mehr Patienten ankommen, die dort nichts verloren haben. Verschärft wird die Lage durch Sparmaßnahmen, die die Notfallversorgung weiter verknappen. Die unzureichende Versorgung führt inzwischen dazu, dass immer mehr Menschen nur noch zum Arzt gehen, wenn es unbedingt sein muss. Jeder Fünfte verzichtet auf Vorsorgeuntersuchungen. Das bedeutet, dass langfristig höhere Gesundheitskosten verursacht werden, wenn die Patienten zu spät behandelt werden. Übrigens: nur neun Prozent der befragten Privatpatienten haben solche Terminprobleme. Der Geldbeutel macht also den Unterschied.

Es ist dringend geboten, dass sich die Politik auf die Grundaufgaben des Staates zurückbesinnt. Neben Gesundheit sind dies Bildung, Wohnen, Sicherheit und eine vernünftige Infrastruktur. In all diesen Bereichen wird seit Jahren gespart, ohne dass die Bürger gleichzeitig weniger Steuern und Abgaben entrichtet hätten. Die Folgen dieser Misswirtschaft wird man nicht über Nacht lösen. Kurzfristig kann man nur mit staatlichen Sonderausgaben die schlimmsten Löcher stopfen. Gleichzeitig müssen dringend Missstände beseitigt werden. Dazu gehört die überbordende Bürokratie. Insgesamt verbringen Ärzte und ihre Mitarbeiter bis 40 Prozent der Arbeitszeit mit Papierkram statt Patienten zu versorgen.

Wem nutzt die Dokumentationswut?

Wenn die Fachkräfte schon knapp sind, dann sollten sie auch sinnvoll eingesetzt werden. In Krankenhäusern werden die gleichen Daten in unterschiedliche Systeme eingespeist. Oft wiederholt sich der gleiche Vorgang, weil Pflegekräfte und ärztliches Personal parallel dokumentieren. Viel lässt sich durch Digitalisierung beschleunigen. Die elektronische Patientenakte ist ein erster Schritt. Aber wie in anderen Fällen auch bleibt die Frage, wem diese teure Dokumentations- und Regelungswut wirklich nützt. Zu hinterfragen ist auch, wie sinnvoll es ist, dass 16 Bundesländer parallel teure Verwaltungen rund um die Gesundheit führen müssen.

Auf den Prüfstand gehören viele Dinge. Warum sind beispielsweise die Staatsdiener nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung integriert? Warum sind die gleichen Medikamente in Griechenland oder Portugal deutlich billiger? Dringend reformbedürftig ist auch, wie ausländische Ärzte und Pflegekräfte ihre Abschlüsse anerkannt bekommen. Hier sollte man über pragmatischere Zugangslösungen nachdenken. Aber auch die Patienten können ihren Teil beitragen. Rauchen, Drogenkonsum, Alkohol oder Extremsport sind individuelle Entscheidungen. Warum muss die Allgemeinheit die Folgen tragen? Unsere Gesundheitsversorgung braucht den Willen zur Veränderung, soll es wieder richtig funktionieren. Von allen Seiten.

politik@suedkurier.de

Die meisten sind zufrieden mit Kretschmanns Amtszeit

- Parteiübergreifend trifft der Grüne auf Sympathie
- Innere Sicherheit und Gesundheit werden wichtig



VON NATHALIE METZEL

Eine Ära geht zu Ende: Im kommenden Jahr wählen die Menschen in Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Damit endet die Amtszeit von Winfried Kretschmann, der dann 15 Jahre lang das Land regiert hat. Nach drei Amtszeiten als Ministerpräsident stellt er sich



nicht erneut zur Wahl. Die Mehrheit der Bevölkerung ist zufrieden mit dem, was Winfried Kretschmann in dieser Zeit geleistet hat: 51 Prozent der Befragten finden, dass er ein guter Ministerpräsident für Baden-Württemberg ist.

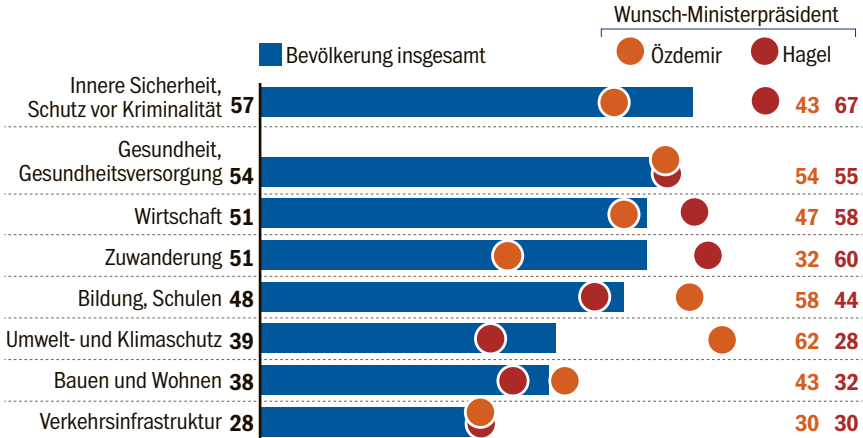
Das gilt nicht nur für potenzielle Grünen-Wähler. Auch die meisten potenziellen Wähler von SPD, CDU, FDP und den Linken sehen das so. Die meisten Skeptiker hat Winfried Kretschmann unter möglichen AfD-Anhängern. Die Landesregierung erhält von den Befragten im Schnitt die Note „befriedigend“. Der Blick richtet sich aber auch schon nach vorn. Die Menschen in Baden-Württemberg halten die Themen innere Sicherheit und Gesundheitsversorgung für sehr wichtig – im Wahlkampf werden sie sicherlich eine große Rolle spielen. Das Thema Gesundheit ist besonders älteren Befragten auf dem Land wichtig. Welches Thema die Bürger als relevant einstufen, hängt außerdem stark mit den Parteipräferenzen zusammen. Wer sich Cem Özdemir (Grüne) als Ministerpräsidenten wünscht, legt Wert auf Umweltschutz und Bildungsthemen. Wer sich hingegen Manuel Hagel (CDU) als Ministerpräsidenten wünscht, würde einen Fokus auf Wirtschaft, Zuwanderung und innere Sicherheit bevorzugen.



Seine Zeit als Ministerpräsident endet im kommenden Jahr: Winfried Kretschmann (Grüne) tritt nicht erneut zur Landtagswahl an. FOTO: MARKUS LENHARDT, DPA

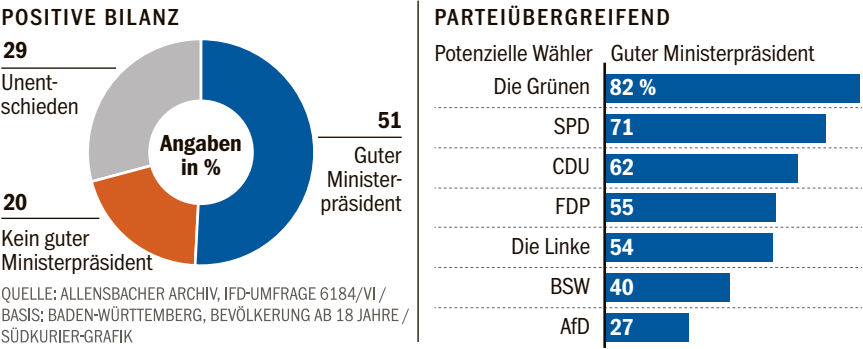
Die landespolitische Agenda der Bevölkerung

Im Frühjahr 2026 finden in Baden-Württemberg die nächsten Landtagswahlen statt. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Themen, um die es bei der Landtagswahl vor allem gehen sollte?



So war die Amtszeit von Winfried Kretschmann

War Winfried Kretschmann alles in allem ein guter Ministerpräsident für Baden-Württemberg?



Sorge über wachsende AfD ist groß

Seit der vergangenen Landtagswahl 2021 fährt die AfD bundesweit Erfolge ein. Die Befragten sind dadurch beunruhigt

VON NATHALIE METZEL

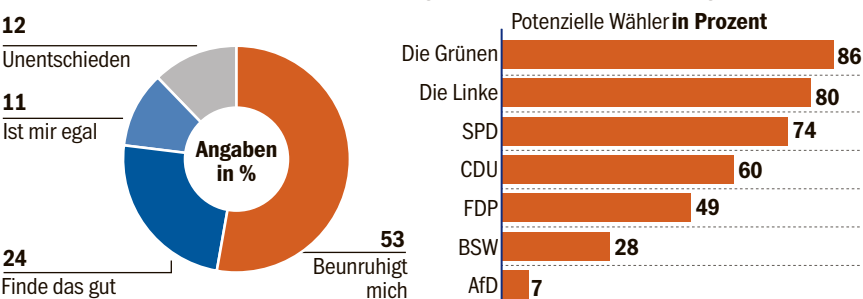
Bei der vergangenen Landtagswahl erreichte die AfD ein Ergebnis von 9,7 Prozent. Seitdem hat die Partei nicht nur in Umfragen im Land zulegen können, im gesamten Bundesgebiet fährt die AfD Wahlerfolge ein. Das zeigt sich auch in Baden-Württemberg. 23 Prozent der Menschen im Land können sich aktuell vorstellen, die AfD zu wählen.

Die CDU hat zwar aktuell das größte Wählerpotenzial (33 Prozent), gefolgt von den Grünen mit 27 Prozent. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass die AfD bei der kommenden Landtagswahl deutlich mehr Stimmen erhalten wird als noch 2021. Diese Entwicklung spaltet die Bevölkerung: Die Mehrheit der Befragten ist beunruhigt, knapp ein Viertel findet es hingegen gut, dass die AfD dazugewinnen könnte. Am kritischsten blicken mögliche Wähler der Grünen und der Linken auf diese Entwicklung, auch 60 Prozent der potenziellen CDU-Wähler sind besorgt. Mögliche BSW-Anhänger hingegen scheint das nicht umzutreiben: Nur knapp ein Drittel blickt mit Sorge auf die wachsende AfD.

Dementsprechend fällt auch die Antwort auf die Frage nach einer möglichen Zusammenarbeit mit der AfD aus. Knapp die Hälfte der Befragten schließt jede Kooperation mit der Partei aus, 13 Prozent können sich dagegen eine Koalition vorstellen, ein Drittel wäre zumindest offen für eine mögliche Zusammenarbeit. Auch hier ist die

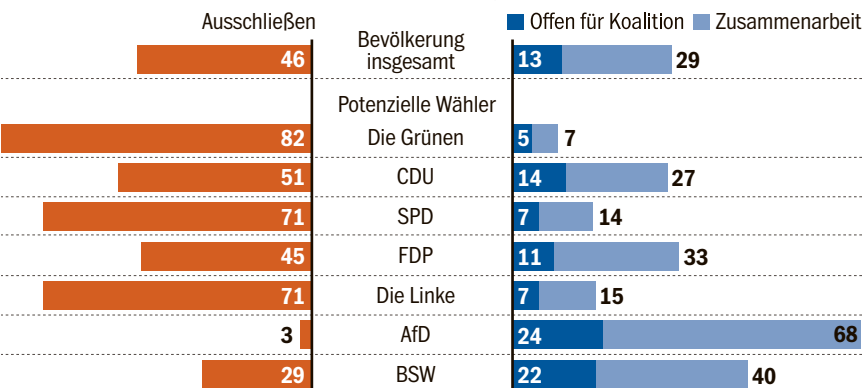
Entwicklung der AfD

Wie stehen Sie dazu, dass die AfD bei den Landtagswahlen deutlich Stimmen dazugewinnen könnte?



Kooperation mit der AfD?

Sollten die anderen Parteien offen für eine Zusammenarbeit oder für eine Koalition mit der AfD sein, oder sollten die anderen Parteien das ausschließen?



Ablehnung unter möglichen Grünen-, Linken- und SPD-Wählern am größten. Anders sieht es unter möglichen Anhängern der CDU aus. Zwar schließt auch hier die absolute Mehrheit jede Zusammenarbeit aus. Fast ein Drittel der Befragten zeigt sich aber offen für eine Kooperation. FDP-Anhänger zeigen sich gespalten: Befürworter und Gegner halten sich die Waage. Wie auch im Bund haben mögliche BSW-Wähler

die wenigsten Probleme mit einer Zusammenarbeit mit der AfD. Geht es dann um eine mögliche Regierungskoalition, ist die Bevölkerung gespalten. Die AfD kann allerdings gut abschneiden: Während sich die meisten Menschen eine Koalition zwischen Grünen und CDU wünschen, landet eine mögliche Koalition zwischen CDU und AfD auf Platz zwei. 21 Prozent der Befragten könnten sich das vorstellen.

SÜDKURIER

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015 | 2020
European Newspaper Award von 2011 bis 2024 vierzehn Mal in Folge

Chefredakteur: Stefan Lutz (ViSdP)
Chefredaktion: Günter Ackermann (Stellvertreter des Chefredakteurs), Julia Blust, Jörg-Peter Rau, Anna Stommel. **Politik und Hintergrund:** Angelika Wohlfrom. **Wirtschaft:** Walther Rosenberger. **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaier. **Sport:** Dirk Salzmann
Verlag und Herausgeber: SÜDKURIER GmbH
Geschäftsführer: David Lämmel
Zustellung: Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus, Max-Strömeyer-Straße 178, 78467 Konstanz, Postfach 102 001, 78420 Konstanz, Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/999-1485, Internet: https://www.suedkurier.de, https://www.suedkurier-medienhaus.de
E-Mail: redaktion@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz; IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00; BIC COBADE3333
Anzeigen und Werbevermarktung:
SK ONE GmbH, Max-Strömeyer-Straße 178, 78467 Konstanz, E-Mail: info@sk-one.de; anzeigen@sk-one.de
Internet: https://www.sk-one.de

Anzeigen: Matthias Kiechle (verantwortlich)
Abo-Service und Kleinanzeigen:
Servicenummer 0 75 31/999-4444 (Ortstarif)
abo-service@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
Max-Strömeyer-Straße 180, 78467 Konstanz
Für die Übernahme von Artikeln in Pressespiegeln erteilt die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de. Es gelten die Mediadaten 2025 (Preisliste Nr. 94, ab 01.01.2025), mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen im SÜDKURIER/Alb-Bote und seinen elektronischen Ausgaben. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.

Karikatur des Tages



Unter Vorbehalt. ©HARM BENGEN / TOONPOOL.COM